

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/

Konfliktsituation in der Ostukraine bleibt angespannt

Der bereits seit dreieinhalb Jahren andauernde Konflikt in der Ostukraine ist in den letzten Wochen wieder verstärkt in den öffentlichen Fokus geraten. Insbesondere der Machtwechsel in der sogenannten „Volksrepublik Lugansk“ lenkte das mediale Interesse auf die von Moskau unterstützten Landesteile im Osten der Ukraine. Auch die jüngsten Forderungen von russischer und ukrainischer Seite nach einer Friedensmission bringen einen möglichen Konfliktlösungsansatz zurück auf die diplomatische Tagesordnung, wenn gleich dessen Erfolgsaussichten als gering einzuschätzen sind – zu unterschiedlich sind die Auffassungen zu einem möglichen Mandat von Blauhelmsoldaten. Derweil gehen die Kämpfe ungeachtet der formalen Waffenruhe weiter.

Intensivierte Kampfhandlungen

Zusammen mit der von Russland völkerrechtswidrig annektierten Krim sind unverändert rund sieben Prozent des ukrainischen Territoriums nicht unter der Kontrolle der Kiewer Regierung. Laut Angaben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben die beiderseitigen Kampfhandlungen an der rund 500 Kilometer langen Kontaktlinie zwischen der regierungskontrollierten Ostukraine und den beiden abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk in den letzten Wochen wieder deutlich zugenommen. Die Folgen der intensivierten Kämpfe zeigen sich auch in den offiziellen ukrainischen Verlusten: Am 9. Dezember 2017 gab das Verteidigungsministerium vier getötete und zwei verwunde-

te Soldaten in den letzten 24 Stunden bekannt. Ähnlich verlustreich war der 24. November 2017 mit fünf getöteten Soldaten und weiteren Verletzten. Insgesamt kommt die OSZE seit Jahresbeginn auf 330.000 Verstöße gegen die Waffenstillstandsvereinbarungen, durch die 2017 schon mehr als 400 zivile Opfer zu beklagen sind.¹ Von einem „eingefrorenen Konflikt“ ist die Ostukraine also nach wie vor weit entfernt. Winterbedingt einfrieren wird allerdings alsbald der Boden, was die Verlegung von schweren Waffen wesentlich erleichtern wird, wie der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine, Alexander Hug, erläutert: „Wir befürchten, dass es in den kommenden Monaten zu einer drastischen Zunahme der Gewalt in der Ostukraine kommen wird.“²

Blauhelme für die Ostukraine?

Vor diesem Hintergrund erscheinen die jüngsten Initiativen für eine UN-Friedensmission im Donbas interessant. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz, der seit Januar 2017 den OSZE-Vorsitz innehat, sprach sich zum Abschluss der Ministerkonferenz der Organisation am 8. Dezember 2017 für eine Blauhelmission aus, über die der UN-Sicherheitsrat zu entscheiden habe. Allerdings scheinen die Aus-

¹ Vgl. Neue Ruhr Zeitung vom 24.11.2017, <https://www.nrz.de/politik/im-osten-der-ukraine-droht-ein-winter-der-gewalt-id212636187.html>.

² Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/

sichten auf ein solches Mandat äußerst gering. Tags zuvor hatten sich der amerikanische Außenminister Rex Tillerson und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow auf dem Treffen einen verbalen Schlagabtausch zur Situation in der Ukraine geliefert. Tillerson betonte, die gemeinsam mit der EU verhängten Sanktionen blieben bestehen, bis Russland die illegal annektierte Krim zurückgibt und seine bewaffneten Kräfte aus dem Donbas zurückzieht. Moskau sei „die Quelle der Gewalt“³ in dem Konflikt. Lawrow wiederum warf Kiew die Nicht-Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der NATO eine rücksichtslose Expansion in Europa vor. Angesichts dieser verhärteten Positionen dürften sich die beiden ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder USA und Russland kaum auf eine baldige Friedensmission im Donbas einigen.

Zudem ist die Idee der Friedenstruppen in der Ostukraine nicht neu und erschien schon Ende 2014 auf der politischen Agenda. Damals trat Kiew mehrmals mit dem Wunsch nach einer UN-Mission auf, um mögliche Eskalationen des Konflikts zu verhindern. Unter anderem richtete die ukrainische Regierung im Februar 2015 – während der schweren Gefechte um Debaltsewe – eine Bitte an den UN-Sicherheitsrat (und die EU), eine Friedensmission in den Donbas zu entsenden. Doch hatte die Ukraine nach vielen bi- und multilateralen Gesprächen mit ihren Hauptpartnern, vor allem den USA, Deutschland sowie Frankreich, keine ausreichende Unterstützung hierfür gefunden. Ohne eine stabile Waffenruhe sowie die Einbindung der Vetomacht Russland überwog die Skepsis. Der nächste Vorschlag kam 2016 auf, als der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zum Schutz von Wahlen in den von den „Separatisten“ kontrollierten

Gebieten einen Einsatz der EU oder eine polizeiliche Mission der OSZE forderte.⁴ Allerdings scheiterte dieser Ansatz im Rahmen der Verhandlungen im Normandie-Format (Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine) immer wieder an wichtigen Detailfragen. Zwar waren Russland und die Ukraine im Prinzip mit einer Mission einverstanden, sie konnten sich aber nicht über deren Anzahl und Bewaffnung sowie vor allem den Zugang zur ukrainisch-russischen Grenze einigen.⁵

Unterschiedliche Mandatsauffassungen

Dieser Dissens trat auch bei den jüngsten Vorschlägen wieder zutage. Am 5. September 2017 nannte Präsident Wladimir Putin während einer Pressekonferenz beim BRICS-Gipfel im chinesischen Xiamen die wichtigsten Punkte, wie Russland sich eine Friedensmission in der Ostukraine vorstellen. Erstens solle es nach russischer Ansicht keine richtige Friedensmission sein, die sich mit den Fragen von Friedenserzwingung und Friedenssicherung beschäftige, sondern lediglich der bewaffnete Schutz von OSZE-Beobachtern gewährleistet werden. Die Friedenssoldaten sollen daher nur leichte Schusswaffen tragen. Zweitens dürften die Friedenstruppen nur an der Kontaktlinie stationiert sein. Drittens könne der Friedenseinsatz nur nach Erreichen einer Waffenruhe und dem Abzug schwerer Waffen stattfinden und sollte danach sechs Monate dauern. Und schließlich sollte die Ukraine die Parameter der Mission mit den Vertretern der

³ Spiegel Online vom 7.12.2017, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aerger-zwischen-rex-tillerson-und-sergej-lawrow-bei-osze-treffen-a-1182263.html>.

⁴ Vgl. <https://www.ukrinform.net/rubric-politics/1950742-poroschenko-eu-or-osce-are-to-provide-security-at-elections-in-donbas.html>.

⁵ Vgl. https://dt.ua/internal/mirotvorchist-i-miroigrischa-253569_.html.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/

„Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk besprechen und vereinbaren.⁶

Die ukrainische Seite reagierte schnell auf diesen russischen Vorstoß, zumal Präsident Poroschenko das Thema bereits am 24. August 2017 in einem Gespräch mit US-Verteidigungsminister James Mattis bei dessen Besuch in Kiew angeschnitten hatte. Auch der tragische Tod eines amerikanischen OSZE-Beobachters bei einer Minenexplosion im April 2017 verlieh der Idee einer robusten Friedensmission neue Aktualität. Präsident Poroschenko wollte daher diese Frage während der 72. Vollversammlung der Vereinten Nationen Mitte September einbringen. Nun konkretisierte er die ukrainischen Vorstellungen über eine Friedensmission im Donbas aber bereits am 7. September 2017 während seiner jährlichen Botschaft an das ukrainische Parlament. Demnach solle die UN-Friedensmission im Donbas ein umfassendes Mandat haben, welche der Gewährleistung von Frieden und der Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine dienen solle. Die Mission müsse nicht nur an der Frontlinie, sondern auf dem gesamten sogenannten Separatisten-Gebiet, also auch an der ukrainisch-russischen Grenze operieren können. Russland selbst dürfe als Aggressor an der Mission laut den UN-Prinzipien nicht teilnehmen und solle vom Prozess der Aufstellung der Friedenstruppen ausgeschlossen sein. Verhandlungen mit Vertretern der beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk über die Rahmenbedingungen einer UN-Mission schloss er aus.⁷ Zudem bestehe keine Verbindung zwischen der Aufhebung von Sanktionen gegen Russland und dessen Bereitschaft, die Idee einer UN-Mission zu unterstützen.⁸ Am 20. September 2017 wiederholte der ukrainische Präsident diese

Forderungen im Kern während seiner Rede vor der UN-Generalversammlung.⁹

Internationale Reaktionen

Die internationale Gemeinschaft begrüßte die grundsätzliche Bereitschaft Russlands, einen Dialog in Bezug auf Friedenstruppen im Donbas zu führen, kritisierte jedoch den konkreten russischen Vorschlag. Die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, betonte, dass die Mission ein weitreichendes Mandat haben müsse: „...I want to make it clear that such peacekeeping forces should have a broad mandate to maintain peace and security throughout the occupied territory of Ukraine, up to the border with Russia, including the border, in order to avoid deepening or consolidating the split within Ukraine.“¹⁰ NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg unterstützte ebenfalls den ukrainischen Vorschlag, Friedenstruppen auch an der russisch-ukrainischen Grenze zu stationieren.¹¹ Ähnlich fiel die Reaktion Deutschlands aus. Die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung, Ulrike Demmer, erklärte, dass die Friedenstruppen auf dem gesamten von Separatisten kontrollierten Gebiet tätig sein müssten. Auch sollte den Separatisten bei den Verhandlungen über die Friedensmission kein Mitentscheidungsrecht eingeräumt werden. Das deutsche Hauptanliegen sei weiterhin die vollständige

⁶ Vgl. <https://dt.ua/POLITICS/putin-dopuskaye-prisutnist-mirotvorciv-oon-tilki-na-liniyi-rozmezhuwannya-v-donbasi-253108.html>.

⁷ Vgl. <https://ukranews.com/en/news/517603-poroschenko-un-peacekeeping-mission-deployment-will-not-be-agreed-with-dpr-lpr-representatives>.

⁸ Vgl. <http://www.president.gov.ua/en/news/glava-derzhavi-mirotvorcha-misiya-oon-na-donbasi-mayeviklyu-43098>.

⁹ Vgl. <http://www.president.gov.ua/en/news/vistup-prezidenta-ukrayini-pid-chas-zagalnih-debativ-72-yis-43442>.

¹⁰ <https://frontnews.eu/news/en/13204/US-supports-deployment-of-UN-peacekeepers-on-border-of-Ukraine-and-Russia-State-Department>.

¹¹ Vgl. <https://www.radiosvoboda.org/a/news/28776014.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/

Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.¹² In einem Telefongespräch am 11. September 2017 zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Putin äußerte dieser daraufhin Entgegenkommen. Er sei mit der Erweiterung des Verantwortungsbereichs der Mission auf die gesamten Separatisten-Gebiete einverstanden, um die OSZE-Beobachter „überall dort (zu) beschützen, wo sie gemäß dem Minsker Maßnahmenpaket im Einsatz sind“¹³. Allerdings verkündete die Sprecherin des russischen Außenministeriums Mariya Sacharowa später, dass eine Stationierung der Friedenstruppen im gesamten Donbas der Reihenfolge der Implementierung des Minsker Abkommens widerspricht.¹⁴

Geringe Aussichten auf Erfolg

Auch wenn die Vorschläge zu Friedenstruppen Bewegung in die Diskussion über eine Konfliktbeilegung gebracht haben, bleiben die Erfolgsaussichten gering. Neben den zahlreichen Detailfragen zur Anzahl und Bewaffnung von Blauhelmen in der Ostukraine bleibt ein weiterer wichtiger und ganz grundlegender Unterschied zwischen Moskau und Kiew bestehen: die Frage der Anerkennung der Rolle Russlands im Konflikt. Der Kreml möchte sich als Vermittler zeigen, der einen Konflikt zwischen der ukrainischen Regierung in Kiew und den Separatisten in Donezk und Lugansk beilegen und hierfür auch ein Kontingent an Friedenstruppen stellen will. Im Rahmen des Minsker Prozesses ist es Russland in den Verhand-

lungen bisher gelungen zusammen mit Deutschland und Frankreich als Garant des Abkommens aufzutreten. Russische Beobachter nehmen zudem auch an der Special Monitoring Mission der OSZE teil. Die Ukraine dagegen strebt danach, dass Russland als Aggressor und Konfliktpartei anerkannt wird, und deswegen gemäß den UN-Prinzipien nicht an einer Friedensmission teilnehmen darf. Diese unterschiedlichen Positionen in Bezug auf (Konflikt-)Akteur und Vermittler sind kaum anzugleichen und werden einen konstruktiven Dialog in Bezug auf eine Friedensmission sehr schwierig machen. Und selbst wenn ein Kompromiss in Diplomatenkreisen gefunden würde, wäre damit eine schnelle und erfolgreiche Konfliktlösung noch nicht garantiert. Zum einen würde es eine ganze Weile dauern, bis die ersten Blauhelme tatsächlich im Donbas erscheinen könnten. Zum anderen würden sie wohl eher zum Einfrieren des Konfliktes als zu seiner vollständigen Beilegung beitragen. Angesichts des anhaltenden Blutvergießens wäre dies sicherlich bereits ein großer Fortschritt für die Region. Jedoch bleibt die große Frage offen, ob dies allein langfristig einen stabilen Frieden gewährleisten kann. Die neuerlichen Ideen von Friedenstruppen in der Ostukraine demonstrieren daher vor allem den Wunsch sowohl Russlands als auch der Ukraine, ihren diplomatischen Spielraum zu vergrößern. Mit derartigen Friedensinitiativen kann jede Seite ihre Bereitschaft unter Beweis stellen, für eine gewaltfreie Lösung des Konflikts einzutreten sowie die jeweils andere Seite für einen etwaigen Misserfolg der Verhandlungen verantwortlich machen.

¹² Vgl.

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/09/2017-09-06-vn-mission-ostukraine.html>.

¹³ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-09/ostukraine-blauehelme-wladimir-putin-angela-merkel>.

¹⁴ Vgl.

https://espreso.tv/news/2017/09/28/myrotvorci_oon_na_donbasi_rosiya_vysunula_novu_umovu.

Unfreiwilliger Machtwechsel in Lugansk

Abgesehen von diesen internationalen Bemühungen um eine Konfliktlösung sorgten in der vorletzten Novemberwoche auch die Entwicklungen in einer der beiden sogenannten Volksrepubliken für Aufsehen. In der „Volksrepublik Lugansk“ kam es zu ei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/

nem Machtwechsel, der teilweise den Ereignissen auf der Krim im Frühjahr 2014 ähnelte – wenn auch unter anderen Vorzeichen. Am Montag, dem 20. November 2017, hatte der Lugansker „Präsident“, Igor Plotnizki, „Innenminister“ Igor Kornet unter Hinweis auf ein laufendes Strafverfahren wegen der illegalen Aneignung eines Privathauses entlassen. Dieser widersetzte sich allerdings der Entlassung. Am Dienstag sperrten daraufhin rund 200 Uniformierte das Regierungsviertel ab. Deren fehlende Hoheitsabzeichen erinnerten dabei an die auf der Krim eingesetzten „grünen Männchen“. Offiziell hieß es, es handle sich um eine Übung des Innenministeriums. Zu der unübersichtlichen Lage trug zusätzlich bei, dass in der Nacht auf Mittwoch eine Militärkolonne von gut 30 Fahrzeugen, darunter Radpanzer, aus der benachbarten „Volksrepublik Donezk“ Richtung Lugansk fuhr und deren Parteinahme zunächst unklar schien. Dem „Innenminister“ loyale Sicherheitskräfte stürmten am Mittwoch die Lugansker Staatsanwaltschaft und nahmen etliche Personen fest. Plotnizki beklagte einen Putschversuch und wiederholte die Vorwürfe gegen seinen früheren „Innenminister“. In einer abendlichen Fernsehansprache widersprach er zudem Gerüchten, er sei nach Russland ausgewandert. Allerdings war diese Ankündigung nicht von langer Dauer – bereits am Tag darauf meldeten Medien seine Ankunft in Moskau. Damit war der Putsch zugunsten der Sicherheitsdienste entschieden und das Parlament der nicht anerkannten „Volksrepublik“ bemühte sich um die nachträgliche Legalisierung. Am Samstag (25.11.) wurde Igor Plotnizki nach einer Verfassungsänderung seines Amtes enthoben und der bisherige Geheimdienstchef Leonid Paseschnik einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt. Flankiert wurde dieses Vorgehen durch ein Schreiben, in dem Plotnizki angeblich selbst „aus gesundheitlichen Gründen“ um seine Ablösung gebeten habe. Politische Kurswechsel sind von dieser Rochade an der Lugansker Spitze allerdings nicht zu erwarten:

Paseschnik kündigte unmittelbar an, den pro-russischen Kurs fortsetzen zu wollen und weiter eine Vereinigung mit Russland anzustreben.¹⁵

Separatistengebiete bleiben Black Box

Unklar bleiben die Hintergründe für den als „War of the Igors“¹⁶ bezeichneten Machtkampf. In den Medien wurde über konkurrierende Geschäftsinteressen lokaler Clans ebenso gemutmaßt wie über Seilschaften zu verschiedenen Moskauer Sicherheitsbehörden, deren Rivalitäten nun durch den Lugansker Machtkampf zutage getreten seien.¹⁷ Auch sei das Verhältnis unter den „Zwillingsrepubliken“ angespannt, da man in Donezk einen möglichen Sonderweg des kleineren Nachbarn befürchte – bis hin zu einer irgendwie gearteten Einigung mit Kiew.¹⁸ Die militärische Intervention aus dem benachbarten Donezk nährte nun allerdings Spekulationen, eine mögliche Vereinigung beider Gebilde könne in naher Zukunft bevorstehen. Bereits im Sommer hatte der Donezker Separatistenführer Alexander Sachartschenko einen neuen Staat „Kleinrussland“ ausgerufen, dessen Hauptstadt Donezk werden sollte. Allerdings folgten der einseitigen Ankündigung bislang keine weiteren Taten und in Lugansk distanzierte man sich von diesen Plänen. Selbst in Moskau wies man seinerzeit auf die Unvereinbarkeit des Schrittes mit dem Minsker Prozess hin.¹⁹

So bleiben die wahren Hintergründe der jüngsten Ereignisse angesichts der Abschottung von Donezk und Lugansk im Dunkeln.

¹⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27.11.2017.

¹⁶ <http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-21-october-28-november-2017-newsletter-25/>.

¹⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 23.11.2017.

¹⁸ Vgl. <http://www.taz.de/!5466272/>.

¹⁹ Vgl.

<http://www.tagesschau.de/ausland/kleinrussland-ukraine-101.html>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

TIM PETERS

VASYL MYKHAILYSHYN

Eines verdeutlicht die unübersichtliche Situation allerdings: die fortwährende Unsicherheit in den beiden „Volksrepubliken“, die ohne russische Unterstützung allein kaum lebensfähig wären.

Dezember 2017

www.kas.de/ukraine/